

ZEW NEWS

Forschungsergebnisse · Veranstaltungen · Veröffentlichungen

Oktober 2015



Forschungsergebnisse

Warum Investoren Wert auf die Region Asien-Pazifik legen

Schwerpunkt M&A-Report

Was sich bei Fusionen und Übernahmen tut

Nachgefragt

War die deutsche Wiedervereinigung ein wirtschaftlicher Erfolg?

Bevölkerungsalterung dämpft langfristig Hauspreise in deutschen Städten

Die fortwährende Alterung der Bevölkerung in Deutschland hat den Anstieg der Hauspreise in den Städten in den vergangenen 20 Jahren spürbar gedämpft. Ein anhaltender Zuzug junger Menschen aus dem Ausland könnte allerdings dazu führen, dass die Hauspreise in beliebten Städten künftig dauerhaft stärker steigen als die Inflation. Gemeinsam mit der Universität Münster hat das ZEW in einer aktuellen Studie die langfristigen Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Hauspreise in 87 deutschen Städten zwischen 1995 und 2012 untersucht.

Deutschland wird, ähnlich wie die USA, Japan und weitere Industriestaaten, in den kommenden Jahrzehnten stark vom demografischen Wandel betroffen sein. Noch im Mai 2015 ging das Statistische Bundesamt in seiner 13. Bevölkerungsvorausberechnung davon aus, dass die deutsche Bevölkerung bis zum

Jahr 2060 um bis zu 16 Prozent schrumpfen wird. Die derzeit weit überdurchschnittliche Zuwanderung aus dem Ausland sorgt dafür, dass diese Prognose nun revidiert werden muss.

Die spürbarsten Effekte des demografischen Wandels auf die Volkswirtschaft gehen jedoch nicht von der Größe der Gesamtbevölkerung, sondern von Veränderungen im Altersaufbau aus. Aufgrund der niedrigen Geburtenrate, aber auch aufgrund der stetig steigenden Lebenserwartung wird der Anteil der Älteren an der Gesamtbevölkerung auch bei Zuwanderung zunehmen.

Wissenschaftliche Studien zeigen, dass die Hauspreise neben der Entwicklung der Einwohnerzahl (Größeneffekt) insbesondere durch die Entwicklung der Altersstruktur (Alterseffekt) beeinflusst werden. Egal ob Länder, Regionen oder einzelne Städte: Eine dauerhafte Verschiebung hin zu mehr älteren Einwohnern im Verhältnis zu den jüngeren wirkt dämpfend auf die

Hauspreise. Der Grund hierfür liegt in der Altersabhängigkeit der Nachfrage nach Wohnraum: Die Nachfrage steigt typischerweise mit zunehmendem Alter an, um sich dann zu stabilisieren und im Rentenalter zu fallen. Da Wohnungen langlebige Kapitalgüter sind, wirken sich altersstrukturbedingte Verschiebungen in der Nachfrage spürbar auf die Preise aus.

Exemplarisch zeigt die ZEW-Studie diesen Zusammenhang an zwei deutschen Städten auf. So stieg in München die Anzahl der Haushalte zwischen 1995 und 2012 kontinuierlich, während das Verhältnis der Senioren zu den Personen im Erwerbsalter konstant niedrig bei durchschnittlich 0,25 blieb. Die Hauspreise nahmen im gleichen Zeitraum inflationsbereinigt leicht zu. Im sächsischen Chemnitz hingegen war die Entwicklung exakt ge-

tigen und deuten darüber hinaus auf ökonomisch bedeutsame Effekte hin.

Je schneller die Bevölkerung altert, desto schneller fallen die Hauspreise

Eine Zunahme des Altenquotienten – das heißt, des Verhältnisses der Senioren zur Bevölkerung im Erwerbsalter – um ein Prozent geht mit einer langfristigen Abnahme der inflationsbereinigten Hauspreise um durchschnittlich zirka zwei Prozent einher. Die Korrelation zwischen der Anzahl der Haushalte einer Stadt und ihren Hauspreisen hingegen ist positiv: Steigt bei Konstanz aller anderen erklärenden Variablen die Anzahl der



genläufig: Die Anzahl der Haushalte nahm von 1995 bis 2012 von 138.000 auf 132.000 ab, während das Verhältnis der Senioren zu den Personen im Erwerbsalter um satte 60 Prozent von 0,28 auf 0,45 stieg. Gleichzeitig sanken die Hauspreise inflationsbereinigt um mehr als die Hälfte.

In den untersuchten 87 Städten lebt ein Drittel aller Einwohner Deutschlands

In den zwischen 1995 und 2012 untersuchten 87 deutschen Städten lebt derzeit etwa ein Drittel aller Einwohner Deutschlands. Die Daten zur Anzahl der Haushalte stammen vom Statistischen Bundesamt sowie vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, die Daten zum Verhältnis der Senioren zu den Personen im Erwerbsalter von den Statistischen Landesämtern. Als Maß für die Hauspreise der jeweiligen Städte verwenden die Wissenschaftler die inflationsbereinigten Wiederverkaufswerte von Eigentumswohnungen durchschnittlicher Größe, Qualität und Lage, wie sie sich auch in Studien der Deutschen Bundesbank finden.

Die ZEW-Untersuchung konzentriert sich auf Eigentumswohnungen, da das die Immobilie ist, die ein städtischer deutscher Haushalt üblicherweise erwirbt. Im Gegensatz zu Ein- oder Zweifamilienhäusern, die vor allem in Vorstädten oder ländlicheren Regionen bevorzugt werden, sind Eigentumswohnungen meistens in Mehrfamilienhäusern im Zentrum der Städte gelegen. Bei etwa 20 Prozent der insgesamt 17,3 Millionen Eigentumsimmobilien in Deutschland handelt es sich um solche Eigentumswohnungen in Mehrfamilienhäusern.

Die Ergebnisse der ZEW-Studie können den negativen Zusammenhang zwischen der Entwicklung der Altersstruktur und dem langfristigen Wachstum der Hauspreise einer Stadt bestä-

Haushalte um ein Prozent, so nehmen langfristig auch die realen Hauspreise zu, und zwar um durchschnittlich etwa 1,4 Prozent. Grund hierfür ist das begrenzte Angebot an Wohnungen, das in Kernstädten auch langfristig nur bedingt ausgedehnt werden kann.

Ohne Berücksichtigung der aktuellen Zuwanderungszahlen würde der demografische Wandel bereits bis zum Jahr 2020 in fast allen untersuchten 87 Städten isoliert betrachtet – das heißt unter Ausschaltung der Effekte wachsender Einkommen, sich ändernder Qualifikation und Finanzierungszinsen – zu sinkenden Hauspreisen führen. Die stärksten Auswirkungen des Alterseffekts wären dabei für ostdeutsche Städte zu erwarten, in denen bereits in der Vergangenheit die Hauspreise deutlich gefallen sind. Schlusslicht wäre hier das thüringische Suhl, in dem die Hauspreise bis zum Jahr 2020 inflationsbereinigt nochmals deutlich abnehmen würden. Düsseldorf hingegen ist die einzige untersuchte Stadt, in der der Größeneffekt den Alterseffekt mit hoher Wahrscheinlichkeit überwiegt, das heißt in der die Hauspreise durch wachsende Haushaltszahlen noch steigen würden, obwohl das Verhältnis der Senioren zu den Personen im Erwerbsalter ebenfalls steigt.

Angesichts der Evidenz negativer Effekte einer zunehmenden Überalterung auf die Hauspreise stellt die hohe Zuwanderung für städtische Wohnungsmärkte nicht nur eine große Herausforderung, sondern auch Chance dar. Sobald plausible Bevölkerungsprojektionen auf Basis der aktuellen Entwicklungen vorliegen, können die auf Basis historischer Marktinformationen ermittelten Zusammenhänge auf die neue Situation angewendet werden.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: www.zew.de/de/publikationen/7882

Dr. Oliver Lerbs, lerbs@zew.de



Überschwemmungen, Stürme, Hitzewellen und Hagel können erheblichen Schaden am Eigentum anrichten. Im Schadensfall hoffen die meisten Haushalte auf die Hilfe ihrer Versicherung. Allerdings überschätzen sie oft die garantierten Leistungen ihrer Versicherungspolizen.

Deutsche Haushalte überschätzen Versicherungsschutz bei Elementarschäden

Extremwetterereignisse wie Überschwemmungen, Stürme, Hagel oder Hitzewellen richten oftmals beträchtlichen Schaden an Grundstücken, Gebäuden und Besitz an. Im Schadensfall hoffen Betroffene auf finanzielle Entlastung durch ihre Versicherung. Allerdings überschätzen viele deutsche Haushalte dabei die Leistungen, der von ihnen abgeschlossenen Policen, wie eine deutschlandweit durchgeführte Haushaltsbefragung des ZEW zeigt.

Viele Deutsche fürchten, dass es durch den Klimawandel zu einer Zunahme von Extremwetterereignissen kommt. Bereits im Sommer 2014 gaben 97,2 Prozent der Teilnehmer einer vom ZEW durchgeführten Haushaltsbefragung an, ein solches Naturereignis erlebt zu haben. 40,8 Prozent der Befragten haben durch ein Extremwetterereignis selbst Schaden erlitten. Allerdings zeigt sich eine deutliche Diskrepanz zwischen den Erwartungen der Haushalte an ihre Versicherungen und den tatsächlich zu erwartenden Leistungen der Versicherungsunternehmen, wenn beispielsweise ein Überschwemmungsschaden eintritt.

Demnach erwartet etwa ein Viertel der Haushalte, dass sie der Staat im Hochwasserfall finanziell unterstützt. Hierfür gibt es allerdings keine rechtlich bindende Grundlage. Den Betroffenen bleibt also oftmals nur der Schutz durch eine privat abgeschlossene Versicherung. Im Schadensfall erwarten mehr als 70 Prozent der Befragten dann auch, dass ihre Versicherung sie finanziell unterstützt.

Von den vom ZEW befragten Wohnungseigentümern gaben 61,9 Prozent an, eine Wohngebäudeversicherung mit Elementarschadendeckung abgeschlossen zu haben. Etwa ein Viertel gab an, eine „einfache“ Police ohne diesen Schutz zu besitzen und 3,5 Prozent haben gar keine Wohngebäudeversicherung. 9,5 Prozent der Umfrageteilnehmer waren sich nicht sicher, ob ihre Police eine Elementarschadendeckung beinhaltet. Verglichen

mit Zahlen des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV) ist der Anteil der Haushalte, die einen Elementarschadenschutz angeben, erstaunlich hoch. Deutschlandweit liegt der Anteil der Haushalte die tatsächlich über eine Elementarschadenversicherung verfügen nur bei etwa 34 Prozent.

Bei der Hausratversicherung ist die Situation ähnlich: 44,4 Prozent der Befragten gaben an, über eine Hausratversicherung mit Elementarschadendeckung zu verfügen. Laut GDV trifft dies für lediglich 20 Prozent aller Haushalte zu. Der Versicherungsschutz wird also oftmals überschätzt.

Haushalte rechnen zunehmend mit Elementarschäden

Das ist vor allem vor dem Hintergrund relevant, dass mehr als Dreiviertel der Umfrageteilnehmer eine Zunahme von Schäden durch Überschwemmungen in Deutschland für wahrscheinlich halten. Auch bei den anderen Wetterereignissen wie Hitzewellen, Hagel oder Stürmen erwartet jeweils mehr als die Hälfte der vom ZEW befragten Haushalte eine Zunahme der Schäden im Vergleich zur aktuellen Situation.

Insgesamt befragten die Wissenschaftler mehr als 6.500 Haushalte in ganz Deutschland. Die Studie wurde im Rahmen des Forschungsprojekts „Eval-MAP“ durchgeführt. An diesem Projekt arbeiten die Mannheimer Forscher gemeinsam mit Wissenschaftlern des Rheinisch-Westfälisches Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI) Essen, der Ruhr-Universität Bochum und der Universität Kassel. Das Projekt wird im Zuge des Förderprogramms „Ökonomie des Klimawandels“ vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) finanziell gefördert.

Die Befragung findet sich zum Download unter: <http://www.zew.de/de/publikationen/7959>

Dr. Daniel Osberghaus, osberghaus@zew.de

INHALT

Bevölkerungsalterung dämpft langfristig Hauspreise in deutschen Städten . . .	1
Deutsche Haushalte überschätzen Versicherungsschutz bei Elementarschäden	3
Ausbildung bringt Betrieben Vorteile bei der Gewinnung von Fachkräften . . .	4
Steuerstandort Fernost – Warum der Asien-Pazifik-Raum reizvoll für Investoren ist	5
Nachhaltige Investmentfonds: Lohnende Alternative für ethisch orientierte Anleger	6
China: Karriere auf Kosten des Bankenrisikos	6

Integration des Solidaritätszuschlags in die Einkommensteuer – was zu beachten ist	7
Nachgefragt: Wie erfolgreich war die deutsche Wiedervereinigung wirtschaftlich?	8
Schwerpunkt M&A Report	9
Veranstaltungen	13
ZEW intern	14
Daten und Fakten	15
Standpunkt	16

Ausbildung bringt Betrieben Vorteile bei der Gewinnung von Fachkräften

Betriebe in Deutschland werben den Unternehmen, die in die Ausbildung junger Menschen investieren, mit hohen Lohnaufschlägen die besten Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen ab. So oder ähnlich ist es immer wieder zu hören. Dass diese These allerdings nicht ganz korrekt ist, zeigt eine aktuelle ZEW-Studie. Die Untersuchung kommt zu dem Ergebnis, dass Ausbildungsbetriebe oftmals die besten Ausbildungsabsolventinnen und -absolventen halten können, weil sie nicht nur deren Zeugnisnoten kennen, sondern auch deren Persönlichkeit und soziale Kompetenz weitaus besser einzuschätzen wissen als die an Abwerbung interessierte Konkurrenz.



Unternehmen, die eigene Lehrlinge ausbilden, haben ein elementares Interesse daran, ihre besten Absolventen zu halten – mit Erfolg, denn: Ausbildende Betriebe wissen bestens über die Fähigkeiten ihrer Nachwuchskräfte Bescheid.

Die betriebliche Ausbildung sichert den Betrieben aktuelles Wissen und die Verfügbarkeit junger Fachkräfte. Daher sind Ausbildungsbetriebe daran interessiert, ihre besten Ausbildungsabsolventen an sich zu binden. Da Auszubildende aussagekräftige und glaubwürdige Abschlusszeugnisse von Berufsschulen und Industrie- und Handelskammern beziehungsweise Handwerkskammern erhalten, ist allerdings auch für konkurrierende

Unternehmen die Verlockung groß, Absolventen mit besonders guten Ausbildungsnoten abzuwerben.

Die Studie des ZEW zeigt nun, dass die Unternehmen damit nur bedingt erfolgreich sind. So gelingt es ausbildenden Betrieben im Durchschnitt durchaus, ihre Absolventen mit den besten Abschlussnoten an sich zu binden.

Dass viele der besten Absolventen im Ausbildungsbetrieb bleiben, liegt den Wissenschaftlern zufolge daran, dass diese Unternehmen trotz der aussagekräftigen Zeugnisse mehr über die Fähigkeiten und Fertigkeiten ihrer Ausbildungsabsolventen wissen, als konkurrierende Betriebe. Zwar sind Betriebe, die fremde Ausbildungsabsolventen einstellen, bereit für gute Abschlussnoten einen Lohnaufschlag zu zahlen. Allerdings weisen die Noten der Ausbildungszeugnisse hauptsächlich kognitive Fähigkeiten und Fertigkeiten aus. Soziale Fähigkeiten, wie etwa ein Talent dafür, ein gutes Verhältnis zu Kunden und Kollegen aufzubauen oder Teamfähigkeit, werden nicht geprüft und in den Zeugnissen auch nicht ausgewiesen.

Ausbildungsbetriebe bündeln besseres Wissen über soziale Kompetenzen der Absolventen

Somit weiß der Ausbildungsbetrieb sehr viel genauer, was ein Absolvent tatsächlich wert ist, und legt vor allem dort beim angebotenen Einstiegsgehalt zu, wo nicht nur die Noten stimmen, sondern zusätzlich auch noch die Softskills. Unternehmen, die selbst nicht ausbilden, haben diesen Vorteil nicht. Sie vermögen die sozialen Fähigkeiten potenzieller Mitarbeiter beispielsweise im Vorstellungsgespräch nur unzureichend zu beobachten. Zu einem überdurchschnittlichen Lohnangebot aufgrund des Wissens um überdurchschnittliche soziale Fähigkeiten kommt es daher nicht. Letztlich führt der Informationsvorsprung ausbildender Betriebe dazu, dass sie junge, selbst ausgebildete Fachkräfte mit höheren sozialen Fähigkeiten an sich binden können. Da soziale Fähigkeiten positiv mit anderen Fähigkeiten korreliert sind, haben die übernommenen Absolventen im Durchschnitt dann auch höhere kognitive Fähigkeiten und eine bessere Schulbildung.

Die Ergebnisse der ZEW-Studie basieren auf Analysen des Ausbildungspanels Saar. Dieser Datensatz verknüpft die Abschlussnoten der Ausbildung und weiterer von den Kammern erhobenen beruflichen und individuellen Charakteristiken mit amtlichen Sozialversicherungsdaten zu beispielsweise Einkommen, Karrierecharakteristiken und Arbeitgebercharakteristiken. Hierbei werden alle gut 20.000 Absolventen der Jahre 1998 bis 2005 im Saarland erfasst.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: <http://www.zew.de/de/publikationen/8001>

Prof. Dr. Thomas Zwick, thomas.zwick@uni-wuerzburg.de

Steuerstandort Fernost – Warum der Asien-Pazifik-Raum reizvoll für Investoren ist

In den vergangenen zwei Jahrzehnten haben die Länder des Asien-Pazifik-Raums große wirtschaftliche und soziale Entwicklungssprünge gemacht. Mittlerweile gehören sie zu den Topzielen für ausländische Investoren. Der Fluss dieser Investitionen wird dabei auch von der Besteuerung in den Ländern bestimmt. Eine Studie des ZEW zeigt, dass neben dem Steuersatz weitere Anreize, wie beispielsweise Steuerfreiheiten, eine große Rolle spielen.

Die Länder im Asien-Pazifik-Raum sind mittlerweile ein beliebtes Ziel für Investoren. Wo eine Investition schlussendlich durchgeführt wird, hängt unter anderem von den Steuersätzen im jeweiligen Land ab. Eine ZEW-Studie liefert eine aktuelle Bestandsaufnahme zu den Steuersystemen von 19 Ländern im asiatisch-pazifischen Raum. Darunter finden sich Industrienationen wie Australien, Neuseeland, Japan und Südkorea, Schwellenländer wie China, Indien und Russland sowie mit Kambodscha und Myanmar Entwicklungsländer, deren Märkte sich gerade erst für ausländisches Kapital öffnen.

Gemeinsam mit der Wirtschaftsstruktur der Länder änderten sich ihre Steuersysteme. Dem globalen Trend folgend haben Singapur, Malaysia, Südkorea und Indien ihre tariflichen Steuersätze seit den frühen 1990er Jahren stetig reduziert. Beginnend mit der Steuerreform 2008 in China, folgten zahlreiche Staaten und senkten ihre Steuersätze drastisch. So liegt der tarifliche Steuersatz in elf der 19 Länder der Asien-Pazifik-Region aktuell zwischen 20 und 25 Prozent. Diese Kennzahl reicht jedoch nicht aus, um die Komplexität der Steuersysteme zu erfassen. Die Analyse des ZEW bezieht sich deshalb auf die effektive Steuerbelastung einer Investition in ein produzierendes Gewerbe. Der durchschnittliche effektive Steuersatz umfasst sämtliche Aspekte der Steuersysteme wie Steuersatz, Bemessungsgrundlage, Vermögensteuern und internationale Doppelbesteuerungs-

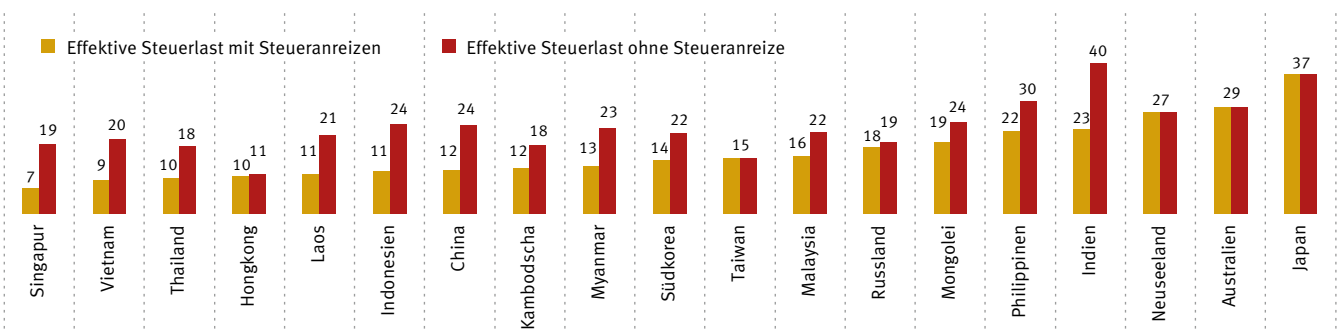
abkommen. Werden nur nationale Steuergesetze in Betracht gezogen, liegt der durchschnittliche effektive Steuersatz für die Länder des Asien-Pazifik-Raums bei 23,4 Prozent. Die geringste Steuerlast liegt mit 10,6 Prozent auf Investitionen in Hong Kong, während die gleiche Investition in Indien effektiv mit 40,4 Prozent besteuert wird. In zwölf der 19 Länder bezahlen Investoren effektiv zwischen 15 und 25 Prozent Steuern. Allerdings hängt die finale Steuerlast auch vom Heimatland des Investors ab. Quellensteuern auf Dividenden und Zinsen sowie unterschiedliche Verfahren zur Besteuerung von ausländischen Gewinnen führen dazu, dass ein Investor aus Singapur oder Deutschland im Durchschnitt 29,2 Prozent Steuern auf eine Investition in einem der Asien-Pazifik-Länder bezahlt, während ein US-Investor im Durchschnitt 32,8 Prozent Steuern entrichten muss.

Ein Mechanismus, um Investitionen in bestimmte Wirtschaftszweigen oder Regionen zu fördern, sind Steueranreize, wie etwa temporäre Steuerfreiheiten. Alle 19 untersuchten Länder greifen auf diesen Mechanismus zurück. Mehr als 50 Prozent der Staaten fördern dabei Investitionen in Forschung und Entwicklung oder Investitionen in abgelegene und unterentwickelte Gebiete. Fast ebenso beliebt sind Anreize für Investitionen in die lokale Infrastruktur oder den Umweltschutz. Zieht man ausschließlich Steueranreize in Betracht, die die größte Entlastung mit sich bringen, sinkt der durchschnittliche effektive Steuersatz aller Länder im Asien-Pazifik-Raum von 23,4 auf 16,6 Prozent. In den Ländern, die Steueranreize für produzierende Unternehmen eingeführt haben (15 der 19 betrachteten Länder), sind insbesondere Steuererminderungen für Hightech-Unternehmen und Investitionen in unterentwickelte Regionen verbreitet.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: <http://www.zew.de/de/publikationen/7835>

Prof. Dr. Katharina Nicolay, nicolay@zew.de

EFFEKTIVE DURCHSCHNITTLICHE STEUERBELASTUNG (IN PROZENT) FÜR INVESTITIONEN IM ASIEN-PAZIFIK-RAUM – UNTER BERÜCKSICHTIGUNG VON STEUERANREIZEN



Die Grafik stellt ein reguläres hypothetisches Investment einer Investition gegenüber, die sich für Steueranreize qualifiziert. Hierbei werden ausschließlich Steueranreize dargestellt, die die höchstmögliche Steuererminderung mit sich bringen. Für Taiwan, Australien, Neuseeland und Japan wurden keine Steueranreize modelliert. Für diese Länder wird die ursprüngliche Investition dargestellt. Quelle: ZEW

Nachhaltige Investmentfonds: Lohnende Alternative für ethisch orientierte Anleger

Beim Investieren zählt in erster Linie der Ertrag. Allerdings gibt es auch Anleger, die nicht um jeden Preis einen möglichst hohen Ertrag erzielen wollen. Für diese sogenannten ethisch orientierten Anleger spielt die Nachhaltigkeit der Anlagestrategie eines Investmentfonds eine größere Rolle. Eine aktuelle Studie des ZEW untersucht, ob nachhaltige Investmentfonds, also solche, die angeben, sich in ihrer Anlagepolitik besonders an ethischen, sozialen und ökologischen Kriterien zu orientieren, wirklich anders investieren als konventionelle Fonds.

Um herauszufinden, ob nachhaltige Investmentfonds sich in ihrer Anlagestrategie von konventionellen Fonds unterscheiden, berechneten die Wissenschaftler für in Deutschland zugelassene Fonds, die entweder in Europa oder weltweit in Aktien anlegen, wie stark sie in Aktien investieren, die als besonders nachhaltig eingestuft werden. Dabei verwendeten sie die Ratings von drei auf Nachhaltigkeit spezialisierten Ratingagenturen (Oekom, Sustainalytics und Asset4).

Die Forscher untersuchten 60 europaweit und 119 weltweit anlegende Nachhaltigkeitsfonds und verglichen die Anlagepolitik mit einer gleichen Anzahl konventioneller Fonds. Für den Stichtag, den 31. Dezember 2013, wurden die Anlageportfolios

komplett miteinander verglichen, insbesondere mit Bezug auf die Nachhaltigkeitsratings der einzelnen Aktien.

Die Ergebnisse der Analysen zeigen, dass die Nachhaltigkeitsfonds im Durchschnitt ein deutlich größeres Gewicht auf Unternehmen legen, die ein hohes Nachhaltigkeitsrating aufweisen. Außerdem vermeiden sie es, in entsprechend schlecht eingestufte Unternehmen zu investieren. Während bei konventionellen Fonds zirka 60 bis 70 Prozent der Aktien unterdurchschnittliche Nachhaltigkeitsratings aufweisen, sind es bei den Nachhaltigkeitsfonds nur rund 25 bis 35 Prozent, je nachdem, welches Rating angewendet wird.

Nachhaltigkeitsfonds unterscheiden sich somit in ihrer Anlagepolitik signifikant von konventionellen Fonds, die keine zusätzlichen ethischen, sozialen und ökologischen Auswahlkriterien verwenden. Somit kommen sie den Interessen ethisch orientierter Anleger näher als konventionelle Fonds. Allerdings empfiehlt sich trotzdem ein genauer Blick in die Anlagerichtlinien und -praxis, da es einige Nachhaltigkeitsfonds gibt, die schlechter zu bewerten sind als manche konventionelle Fonds.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: <http://www.zew.de/de/publikationen/7888>

Prof. Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de

China: Karriere auf Kosten des Bankenrisikos

Chinesische Politiker stehen im ständigen Wettbewerb miteinander um Karrierechancen. Sie werden in erster Linie an dem wirtschaftlichen Erfolg, der von ihnen verwalteten Regionen gemessen – der oft durch Kredite erkauft wird. Eine neue ZEW-Studie hinterfragt, ob und wie dieses Aufstiegssystem für Politiker das Bankenrisiko in China beeinflusst.

In China existiert ein spezielles System, mit dem der Karriereaufstieg von Politikern gesteuert wird. Sie haben gute Aussichten auf Beförderung, wenn die Wirtschaft der von ihnen verwalteten Region eine besonders positive Entwicklung im Vergleich zu anderen Regionen aufweist. Um das zu messen erhalten chinesische Politiker Wachstumsziele, die ihre Leistung im Verhältnis zu denen anderer Politiker abbilden. In dieser Konkurrenzsituation könnten chinesische Politiker einen Anreiz haben, Bankkredite über so genannte Finanzierungsplattformen aufzunehmen, um zum Beispiel Infrastrukturinvestitionen in ihrer Region durchzuführen. Über die Finanzierungsplattformen wird nahezu die Hälfte der staatlichen Verschuldung finanziert, zu einem großen Teil mit Bankkrediten. Etwa 70 Prozent der Plattformen werden von Kommunalregierungen gesteuert oder zu-


mindest stark beeinflusst. Die anderen müssen zumindest staatlichen Stellen auf regionaler Ebene Bericht erstatten.

Die ZEW-Studie untersucht für den Zeitraum 2005 bis 2013, ob und in welchem Ausmaß die von chinesischen Politikern durchgeführten karrierefördernden wirtschaftlichen Maßnahmen zu einer Erhöhung des Risikos von Banken geführt haben und über welche Mechanismen das geschieht.

Die Untersuchung zeigt, dass Politiker mit ihren persönlichen Karrierebemühungen tatsächlich dazu beitragen, dass sich die Kreditvergabe von Banken erhöht. Außerdem sinkt die Qualität des Kreditportfolios und die Liquidität der Banken geht zurück. Dieses Ergebnis ist auch auf die spezielle Funktionsweise der Finanzierungsplattformen zurückzuführen. Durch die politikinduzierte Finanzierung von Infrastrukturinvestitionen mit Hilfe von Bankkrediten erhöht sich insgesamt das Risiko der Banken. Besonders ausgeprägt ist dieses Ergebnis für lokale Banken, bei denen Politiker ihren Einfluss stärker geltend machen können als bei überregional tätigen Banken.

Die Studie in englischer Sprache findet sich zum Download unter: <http://www.zew.de/de/publikationen/7887>

Prof. Dr. Michael Schröder, schroeder@zew.de



Der Solidaritätszuschlag – oder „Soli“ – war ab 1995 dazu gedacht, die Kosten der deutschen Wiedervereinigung aufzufangen. Als Ergänzungsabgabe konzipiert, gilt er inzwischen häufig als überholt. Doch eine Integration des Soli in die Einkommensteuer wäre nicht aufkommensneutral zu haben.

Integration des Solidaritätszuschlags in die Einkommensteuer – was zu beachten ist

Immer wieder wird in steuerpolitischen Debatten gefordert, den Solidaritätszuschlag, kurz Soli, abzuschaffen oder ihn in die Einkommensteuer zu integrieren. Das ZEW hat die Verteilungs- und Aufkommenswirkungen untersucht, die sich bei einer Integration des Solidaritätszuschlags in die Einkommensteuer ergäben: Will der Staat niemanden schlechter stellen, muss er für einen finanziellen Ausgleich insbesondere von Familien sorgen.

Der Solidaritätszuschlag – eine Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer, Kapitalertragsteuer und Körperschaftsteuer, deren Aufkommen allein dem Bund zusteht – wurde 1991 in Deutschland auf ein Jahr befristet eingeführt, um die Kosten des zweiten Golfkriegs zu finanzieren. 1995 folgte die Wiederbelebung des Soli, diesmal zur Finanzierung der deutschen Wiedervereinigung. Im Jahr 1998 wurde er von ursprünglich 7,5 Prozent auf 5,5 Prozent gesenkt.

Heute, 25 Jahre nach der Wiedervereinigung, besteht der Solidaritätszuschlag noch immer. Mittlerweile ist es allerdings nicht mehr plausibel, sein Bestehen mit der Bewältigung der finanziellen Lasten der Wiedervereinigung zu begründen. Darüber hinaus gibt es verfassungsrechtliche Bedenken gegen ein Fortbestehen des Steuerzuschlags. Im politischen Diskurs wird daher regelmäßig gefordert, den Solidaritätszuschlag abzuschaffen oder ihn alternativ in die Einkommensteuer zu integrieren.

Zwischen „naiver“ Integration und Alternativtarif

Das ZEW hat in einer Simulation die Verteilungs- und Aufkommenswirkungen abgeschätzt, die sich bei einer Integration des Solidaritätszuschlags in die Einkommensteuer ergäben. Es wurden zwei Varianten verglichen: erstens eine sogenannte „naive“ Integration des Solidaritätszuschlags, bei der sämtliche Grenzsteuersätze mit einem Faktor von 1,055 multipliziert würden, und zweitens ein Alternativtarif, der zusätzlich auch den Freibetrag und die Milderungszone beim derzeitigen Solidaritätszuschlag berücksichtigt.

Zur Berechnung zogen die Wissenschaftler das Mikrosimulationsmodell des ZEW heran. Damit lässt sich nicht nur ermitteln, wie sich Änderungen im Steuer- und Transfersystem auf die öffentlichen Haushalte (Steueraufkommen, Einnahmen aus Sozialversicherungsbeiträgen, Zahlungen staatlicher Transferleistungen) auswirken, sondern auch, wie sie die Einkommensverteilung und verschiedene Haushaltstypen beeinflussen. Als Datengrundlage für die Simulation diente die das Sozio-Oeko-

nomische Panel (SOEP) aus dem Jahr 2011, eine jährlich erhobene, repräsentative Stichprobe der deutschen Bevölkerung, die mehr als 20.000 Personen in rund 11.000 Haushalten umfasst.

In einem ersten Schritt wurde das Steuer- und Transfersystem zum Rechtsstand 2015 nachgebildet und das verfügbare Nettoeinkommen jedes Haushalts der Stichprobe berechnet. Entsprechend wurden auch die Nettoeinkommen unter den beiden Reformalternativen ermittelt. Die Verteilungs- und Aufkommenswirkungen in der Stichprobe wurden anschließend auf die deutsche Gesamtbevölkerung hochgerechnet.

Manche Haushalte würden schlechter gestellt

Die Berechnungen zeigen, dass bei einer „naiven“ Integration des Solidaritätszuschlags in die Einkommensteuer das Steueraufkommen des Staates jährlich um etwa 800 Millionen Euro steigen würde. Der Alternativtarif, der auch den Freibetrag und die Milderungszone beim Solidaritätszuschlag berücksichtigt, wäre trotz gleicher Grenzbelastungen wie beim Status quo ebenfalls nicht aufkommensneutral. Hier beliefe sich das Mehraufkommen des Staates auf 600 Millionen Euro. Der Grund: Die Bemessungsgrundlage des Solidaritätszuschlags nach geltendem Recht ist nicht die tatsächliche Einkommensteuer, sondern eine fiktive Steuerzahlung unter Berücksichtigung der Kinderfreibeträge. Haushalte mit Kindern würden also bei einer Integration des Soli in die Einkommensteuer schlechter gestellt. Möchte nun der Staat mittels einer Kindergelderhöhung jegliche Schlechterstellung der Haushalte vermeiden, so müsste das monatliche Kindergeld um etwa 17 Euro pro Haushalt steigen. Die meisten Haushalte würden sich hier leicht besser stellen – für den Staat jedoch ergäbe sich eine effektive Belastung von etwa 1,4 Milliarden Euro pro Jahr.

Wie die ZEW-Analyse zeigt, ist eine aufkommens- und verteilungsneutrale Integration des Solidaritätszuschlags in die Einkommensteuer nicht ohne weiteres möglich. Ein Mittelweg wäre eine aufkommensneutrale Kompensation, die aber nicht alle Haushalte besser stellen würde. Hierfür müsste das Kindergeld um etwas mehr als fünf Euro im Monat angehoben werden.

Die Studie findet sich zum Download unter: www.zew.de/de/publikationen/7926

Prof. Dr. Clemens Fuest, fuest@zew.de
Max Löffler, loeffler@zew.de
Prof. Dr. Andreas Peichl, peichl@zew.de
Dr. Holger Stichnoth, stichnoth@zew.de

Nachgefragt: Wie erfolgreich war die deutsche Wiedervereinigung wirtschaftlich?

„Die alternde Bevölkerung wird immer mehr zum Wachstums-Handicap“

Vor 25 Jahren implodierte die Deutsche Demokratische Republik und machte den Weg für die Wiedervereinigung beider deutscher Staaten frei. Ein gesellschaftspolitischer Traum wurde damit Wirklichkeit. Die wirtschaftswissenschaftlichen Perspektiven für das geeinte Deutschland driften allerdings bis heute je nach Denk- und Himmelsrichtung auseinander. Warum lässt die vollständige Angleichung von Ost und West immer noch auf sich warten? ZEW-Finanzwissenschaftler Friedrich Heinemann erklärt, woran die ostdeutsche Wirtschaft krankt, wovon sie profitieren kann und welche Rolle die Zuwanderung dabei spielt.

Politiker betonen gerne, dass mit dem Zusammenwachsen von West- und Ostdeutschland seit 1990 eine ökonomische Erfolgsgeschichte geschrieben wurde. Tatsächlich?

Es gibt viele Erfolge, die alleine schon beim Spaziergang durch die Innenstädte von Erfurt oder Leipzig ins Auge stechen: In Sachen Infrastruktur, Lebensqualität oder auch Tourismus-Attraktivität sind die neuen Länder eine Erfolgsgeschichte. Zudem ist es gelungen, einige industrielle Kerne zu beleben. Der Anteil des industriellen Sektors an der Wertschöpfung ist heute im Osten Deutschlands beispielsweise höher als in Frankreich. Dennoch müssen Ökonomen auch zum 25-Jahres-Jubiläum die Feierlaune trüben: Das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt liegt in Ostdeutschland immer noch um ein Drittel unter dem Westniveau und ein weiterer Aufholprozess ist fraglich. Die stark schrumpfende und alternde Bevölkerung wird immer mehr zum Wachstums-Handicap.

Öffentliche und private Haushalte im Osten der Bundesrepublik erhalten über den Finanzausgleich und die Sozialversi-

cherungen bis heute erhebliche Transfers. Trotzdem hinken die neuen Bundesländer den alten etwa in puncto Arbeitslosenquote und Lohnniveau seit Jahren hinterher.

Hier wiederholt sich eine Erfahrung aus anderen Föderalstaaten, die man auch bei allen europäischen Überlegungen genau beachten sollte: Hohe Transfers sind mitnichten ein Garant für ökonomische Konvergenz, sie können sogar das Gegenteil bewirken. Umfangreiche Transferzahlungen mindern den Anreiz der Empfänger, durch Innovationen für eine wirtschaftsfreundliche Standortpolitik oder durch Lohndisziplin für wettbewerbsfähige Strukturen zu sorgen. Auch ist es mit einer noch so klugen Investitionsförderung sehr schwer, schlechte Startvoraussetzungen wie etwas das Fehlen mittelgroßer und großer Unternehmen zu kompensieren.

Eine weitere Baustelle ist das Steueraufkommen im Ost-West-Vergleich. Die fiskalischen Unterschiede von neu zu alt ziehen enorme Umverteilungswirkungen nach sich. Muss der Finanzausgleich nach 2020 nicht doch um einen neuen Solidar-pakt ergänzt werden?

Der Solidar-pakt beruhte auf der Notwendigkeit, den neuen Bundesländern eine adäquate Infrastruktur zu finanzieren. Diese Aufgabe ist nun erfüllt, so dass das System auf die „normalen“ Mechanismen des Finanzausgleichs zurückgeführt werden sollte. Der Finanzausgleich bietet eine weitgehende Kompensation für die viel geringere Steuerkraft Ostdeutschlands. Mit Ausnahme Berlins sind die neuen Länder nicht übermäßig verschuldet. Insofern ist eine Sonderbehandlung nicht mehr angeraten. Reizvoll wäre es besonders für die neuen Bundesländer, künftig in höherem Maße als bisher autonom die Höhe wichtiger Abgaben wie zum Beispiel der Einkommensteuer zu bestimmen.

Was kann künftig getan werden, um der politisch beschwo-renen Vision von „blühenden Landschaften“ bundesweit mehr Realität zu verleihen?

Den neuen Ländern bieten sich heute durch die neuen Wachstumszentren wie Berlin oder auch Dresden und Leipzig erhebliche neue Chancen. Die Standortpolitik der Flächenländer sollte strategisch darauf setzen, von diesen Zentren stärker zu profitieren. Völlig widersinnig angesichts der sehr schlechten Demographie im Osten ist, dass hier Zuwanderung politisch oftmals auf größeren Widerstand stößt als im Westen. Würden solche Urteile vom Kopf her und nicht aus dem Bauch gesteuert, dann sollte der Osten sich eigentlich durch eine besonders große Begeisterung für jeden zuwandernden jungen Menschen auszeichnen. Und die Wirtschaftspolitik sollte bei ihrer aktuellen Regulierungswut den potenziell hohen Schaden für die neuen Länder nicht aus dem Auge verlieren: Der bundesweit einheitliche Mindestlohn etwa verhindert viel eher neue Jobs in Frankfurt an der Oder als in Frankfurt am Main.



Prof. Dr. Friedrich Heinemann ist Leiter des Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“ am ZEW und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg. Seine Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich der empirischen Finanzwissenschaften. Er untersucht ferner Fragestellungen des Fiskalwettbewerbs und Föderalismus in Europa. Auch die Determinanten der Reformfähigkeit von Staaten und Gesellschaften zählen zu seinen Forschungsgebieten. Heinemann ist Vorstandsmitglied des Arbeitskreises Europäische Integration, Berlin, sowie Mitglied des Kuratoriums des Instituts für Europäische Politik (IEP), Berlin.

heinemann@zew.de



Schwerpunkt M&A REPORT

Weniger Fusionen und Übernahmen in Deutschland – mit mehr Substanz

Der ZEW-ZEPHYR M&A-Index Deutschland hat den Gipfelsturm vorerst beendet. Bei den Übernahmen von und Fusionen mit deutschen Unternehmen war in den vergangenen Monaten eine stagnierende bis rückläufige Aktivität zu beobachten. Da Fusionen und Übernahmen (Mergers & Acquisitions, M&A) üblicherweise in Wellen („Merger Waves“) auftreten, ist noch unklar, ob die gegenwärtige Situation nur eine Orientierungsphase darstellt oder ob der Gipfel bereits überschritten ist. Allerdings zeigt sich eine gegenläufige Entwicklung beim durchschnittlichen Transaktionsvolumen mit deutscher Beteiligung.

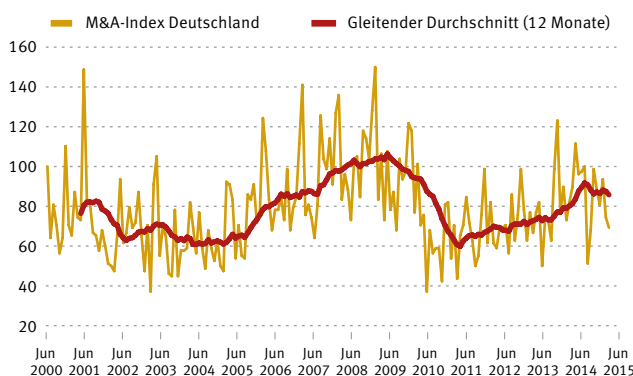
Der substantielle Einbruch der M&A-Aktivitäten gegen Ende 2014 – ein niedrigerer Indexwert wie im November wurde nur 2011 gemessen und im Dezember wurde seit Erfassungsbeginn der Daten im Jahr 2000 überhaupt kein niedrigerer Wert gemessen – hat sich in 2015 nicht fortgesetzt. Allerdings konnte sich die Dynamik der vergangenen Jahre bislang auch nicht wieder einstellen. Diesen Umstand verdeutlicht auch der gleitende Zwölf-Monatsdurchschnitt des ZEW-ZEPHYR-M&A-Index, der in diesem Jahr bislang kaum Varianz aufweist und zwischen 86 und 88 Indexpunkten schwankt.

Transaktionsvolumen liegt im Durchschnitt bei 303 Millionen Euro pro Deal

Paralell zur geringeren Anzahl an M&A-Transaktionen mit deutscher Beteiligung ist ein deutlicher Trend hin zu großen Deals erkennbar. Lag der gleitende Zwölf-Monatsdurchschnitt der Dealwerte – berücksichtigt wurden hierbei nur Deals mit bekanntem Transaktionsvolumen – im September 2013 noch bei 116 Millionen Euro pro Deal, ist er seither konstant gestiegen und hat sich mit einem Wert von 303 Millionen Euro pro Deal (Juni 2015) mittlerweile fast verdreifacht – das höchste durchschnittliche Dealvolumen seit Beginn der Messung. Der Erwerb des Öl- und Gasförderers DEA durch die russische Investorengruppe LetterOne war dabei die größte Veräußerung eines deutschen Ziels in den vergangenen Monaten. Die Tochter des Essener Energieriesen RWE wechselte im März für 5,1 Milliarden Euro den Besitzer. Der Deal wurde von heftigen Protesten der britischen Regierung be-

gleitet, da diese einen europäischen Versorgungsengpass befürchtet, falls Russland weitere Sanktionen aufgrund des Konflikts in der Ukraine auferlegt würden.

ZEW-ZEPHYR M&A INDEX DEUTSCHLAND



Quelle: Zephyr-Datenbank, Bureau van Dijk, Berechnung ZEW

Der ZEW-ZEPHYR M&A Index Deutschland berechnet sich aus der Anzahl der in Deutschland monatlich abgeschlossenen M&A-Transaktionen. In diesem Index werden ausschließlich Fusionen und Übernahmen von und mit deutschen Unternehmen berücksichtigt. Eine Differenzierung nach dem Ursprungsland des Käufers oder Partners findet nicht statt. Das bedeutet, dass sowohl inländische als auch ausländische Käuferunternehmen berücksichtigt werden, während die Zielunternehmen in Deutschland tätig sind.

Der ZEW-ZEPHYR M&A Index Deutschland wird vom ZEW und von Bureau van Dijk (BvD) auf Basis der Zephyr-Datenbank erstellt. Zephyr liefert tagesaktuelle Detailinformationen zu mehr als einer Million M&A, IPO und Private Equity Transaktionen weltweit.





Aber auch deutsche Unternehmen sind kräftig auf Einkaufstour. Mit einem Transaktionsvolumen von 11,3 Milliarden Euro stellt die im Mai 2015 abgeschlossene Übernahme der TRW Automotive Holding durch den Technologiekonzern ZF Friedrichshafen den größten Transfer seit dem Jahr 2006 dar. Bereits im Oktober 2014 ließ sich der Chemiegigant Bayer die Übernahme des Consumer Care Geschäfts von Konkurrent Merck ebenfalls mehr als zehn Milliarden Euro kosten.

Dieser Anstieg der Transaktionsvolumen lässt sich vor allem durch den Wiedereinstieg großer Spieler ins M&A-Geschäft erklären, die während der Finanzkrise ab 2007 eher restrukturiert und entschulkt haben. In dieser Zeit war der M&A-Markt durch die Aktivitäten von mittelständischen Unternehmen geprägt. Mittlerweile finden jedoch wieder strategische Übernahmen und Fusionen durch die Branchenriesen statt.

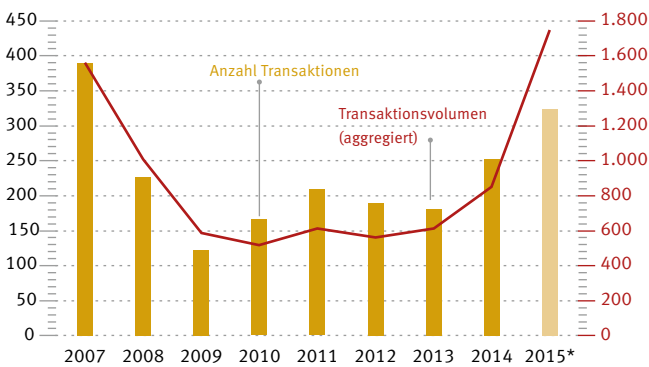
Sven Heim, heim@zew.de

Volumenentwicklung bei Mega-Deals: 2015 ist auf dem Weg zum Rekordjahr

Die weltweite M&A-Aktivität steuert dieses Jahr aller Voraussicht nach auf ein Rekordvolumen zu. Die günstigen Finanzierungsbedingungen und die Wachstumspläne der Unternehmen tragen wesentlich zu der starken Aktivität bei. Zwischen Januar 2015 und Juli 2015 wurden bereits 189 Transaktionen mit ei-

Finanzmarktkrise lag die durchschnittliche Transaktionsgröße 2011 und 2012 bei knapp drei Milliarden Euro sowie 2013 und 2014 bei 3,37 Milliarden beziehungsweise 3,36 Milliarden Euro. Im starken M&A-Jahr 2007 wurden Megadeals mit einer durchschnittlichen Größe von 4,2 Milliarden Euro realisiert.

ANZAHL UND AGGREGIERTE VOLUMEN DER WELTWEITEN M&A-TRANSAKTIONEN IN DEN JAHREN 2007 BIS 2015*



Volumen in Milliarden Euro, *Hochgerechnet auf Basis der Transaktionen von Januar bis Juli 2015
Quelle: Zephyr-Datenbank, Bureau van Dijk, Berechnung ZEW

nem Mindestwert von einer Milliarde Euro abgeschlossen. Dabei wurde ein aggregiertes Volumen von 1.020 Milliarden Euro erzielt. Hochgerechnet auf das Jahresende wären das 324 Transaktionen mit einem Gesamtwert von 1.750 Milliarden Euro, was bei weitem die aggregierten Transaktionswerte für die Jahre 2008 bis 2014 übersteigt. Setzt sich die seit Anfang des Jahres beobachtete starke M&A-Aktivität bis zum Jahresende fort, wird das Transaktionsvolumen 2015 aller Voraussicht nach den bisherigen Rekordwert des Jahres 2007 von 1.560 Milliarden Euro übertreffen.

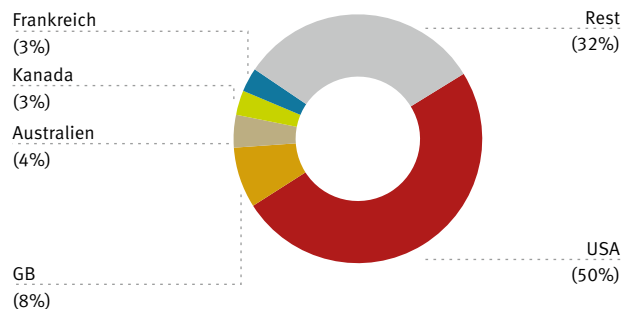
Auch die durchschnittliche Transaktionsgröße unter den Megadeals liegt im laufenden Jahr mit 5,41 Milliarden Euro auf einem sehr hohen Niveau. In den schwachen Jahren nach der

US-Deals dominieren den weltweiten M&A-Markt

Gemessen an der Anzahl der bisherigen Transaktionen im Jahr 2015 dominieren Deals in den USA den weltweiten M&A-Markt. Immerhin 50 Prozent der Zielunternehmen stammen aus den Vereinigten Staaten. Mit großem Abstand dahinter liegen die Zielländer Großbritannien mit acht Prozent auf dem zweiten Platz und Australien mit vier Prozent der weltweiten Transaktionen auf Platz drei. Verglichen mit der Länderallokation in den Jahren 2007 bis 2014 ist das schwächere Interesse an Übernahmen in Russland zu erkennen. Während in den vergangenen acht Jahren Mega-Deals mit russischen Unternehmen vier Prozent der Transaktionen ausmachten, wurde im Jahr 2015 lediglich eine einzige große Übernahme verzeichnet.

Die wohl teuerste Fusion in diesem Jahr ist die Übernahme des britischen Flüssigerdgasspezialisten BG Group durch Royal

ZIELLÄNDER DER MEGADEALS IM JAHR 2015



Zielländer aller M&A-Transaktionen mit einem Mindestwert von einer Milliarde Euro im Jahr 2015. Insgesamt wurden 189 Vorgänge verzeichnet. Stand: Juli 2015
Quelle: Zephyr-Datenbank, Bureau van Dijk, Berechnung ZEW



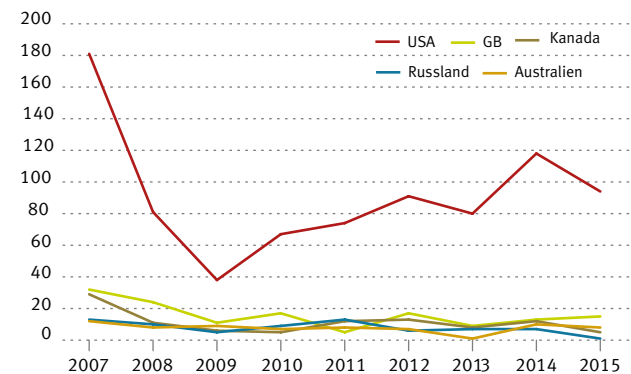
Dutch Shell für 64 Milliarden Euro. Die Fusion soll Shell näher an die US-Konkurrenten führen. Zu den größten Deals 2015 gehört zweifellos auch die Übernahme von Time Warner Cable (TWC) durch den Konkurrenten Charter Communication in den Vereinigten Staaten. Es wird erwartet, dass diese Transaktion für einen tiefgreifenden Umbruch auf dem US-Kabelnetzmarkt sorgen wird.

Warren Buffet greift in den Lebensmittelmarkt ein

Als bislang meistbeachteter Fusionsfall in diesem Jahr gilt der Zusammenschluss der Lebensmittelgiganten The Heinz Company und Kraft Foods Group. Hinter dem Deal steckt die Investmentgesellschaft von Warren Buffett Berkshire Hathaway. Der Wert dieser Transaktion wird auf 36 Milliarden Euro beziffert.

Dr. Mariela Borell, borell@zew.de

ENTWICKLUNG DER ANZAHL DER MEGADEALS IN DEN USA, GROSSBRITANNIEN, KANADA, RUSSLAND UND AUSTRALIEN



Die Entwicklung der Anzahl der Megadeals in den stärksten fünf Märkten in den Jahren 2007 bis 2015. Stand: Juli 2015. Quelle: Zephyr-Datenbank, Bureau van Dijk, Berechnung ZEW

Konsolidierungsdruck in Spanien treibt M&A-Aktivitäten auf Spitzenwert

Die M&A-Aktivitäten mit spanischer Beteiligung sind seit 2012 sprunghaft angestiegen. Im Jahr 2013 wurde der Spitzenwert von 3.217 Transaktionen erreicht, was dem neunfachen Wert aus dem Jahr 2000 entspricht. Bei den meisten Transaktionen, in die ein spanisches Unternehmen involviert ist, treten die Spanier sowohl als Käufer als auch als Zielobjekt auf. Dies war in den Jahren 2000 bis 2014 in rund 72 Prozent der M&A-Geschäfte in Spanien der Fall. Allein die Inlandstransaktionen erreichten 2013 das achtzehnfache Niveau des Jahres 2000.

Die Betrachtung der Transaktionszahlen kategorisiert nach Branche des Zielobjekts offenbart, dass es sich vor allem um Branchen mit hohem Konsolidierungsdruck handelt. So führen die Immobilienhändler mit neun Prozent der Transaktionen von 2012 bis 2014 dicht gefolgt von Bauunternehmen (8,8 Prozent) die Liste an. Auf den Plätzen drei und vier liegen die Groß- (8,5 Prozent) und Einzelhändler (vier Prozent). Auf Platz fünf rangiert der Finanzsektor (ohne Versicherungen und Pensionsfonds) mit einem Anteil von 3,9 Prozent der Transaktionen.

Immobilienblase zog Marktberreinigung nach sich

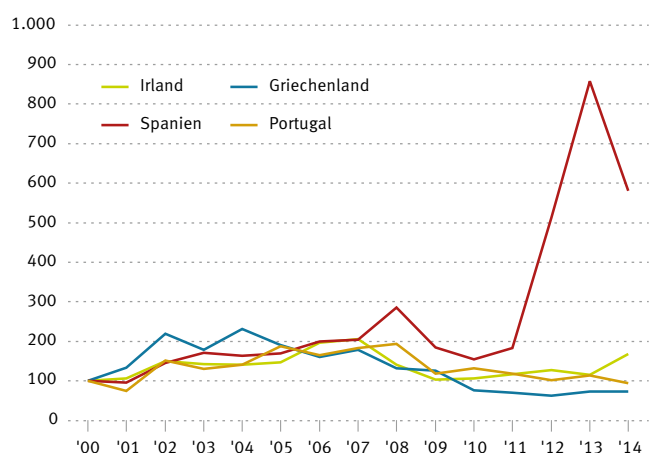
Diese Entwicklung ist speziell in Spanien zu beobachten, da nur hier eine entsprechende Blasenbildung bis 2007 stattfand, die zwingend Marktberreinigungen nach sich ziehen musste. Deswegen ist Spanien in seiner Entwicklung auch nicht mit anderen EU Staaten vergleichbar, die auch stark von der Finanz- und Schuldenkrise betroffen waren oder es noch sind.

Während in Griechenland und Portugal die Anzahl der Transaktionen weit unter Vorkrisenniveau liegt, zeichnet sich in Irland derweil eine leichte Erholung ab. Die Regeneration erreicht aber

weder den Spitzenwert aus dem Jahr 2007, noch ist sie mit der sprunghaften spanischen Entwicklung vergleichbar. Trotzdem kann erwartet werden, dass zumindest in Griechenland noch ähnliche Konsolidierungswellen anstehen, die aufgrund der hohen Ungewissheit im Zuge der Staatsschuldenkrise in dem süd-europäischen Land bisher nicht vollzogen wurden. Zusätzlich könnte langfristig für ausländische Unternehmen eine Investition wieder attraktiver werden.

Ulrich Laitenberger, laitenberger@zew.de

ENTWICKLUNG DER ANZAHL DER M&A-TRANSAKTIONEN IN IRLAND, GRIECHENLAND, SPANIEN UND PORTUGAL



Abgebildet sind alle Transaktionen, bei denen ein Unternehmen aus dem jeweiligen Land als Käufer, Verkäufer oder Kaufziel auftritt. Die Anzahl der M&A wurden zur besseren Vergleichbarkeit normiert auf den Basiswert 100 für das Jahr 2000. Quelle: Zephyr-Datenbank, Bureau van Dijk, Berechnung ZEW



Konzentration auf europäischen Festnetzmärkten nimmt zu

Die europäischen Telekommunikationsmärkte unterliegen seit einigen Jahren einem massiven Konsolidierungstrend, der sowohl den Bereich der Mobilfunkkommunikation als auch die (leitungsgebundene) Festnetzkommunikation erfasst hat. Auf den Mobilfunkmärkten ist eine substantielle Zunahme bei den Transaktionsvolumen zu beobachten, wie bereits im M&A Report im April 2014 beschrieben wurde. Seither hat sich die diesbezügliche Entwicklung nochmals verstärkt, wie auch die inzwischen genehmigte Übernahme von E-Plus durch Telefonica Deutschland zeigt.

Zahl der Übernahmen auf den Festnetzmärkten sinkt

Auch die Festnetzmärkte befinden sich seit Jahren in einer Konsolidierungsphase. Zwar ist die Zahl der Übernahmen in den vergangenen Jahren nahezu stetig gesunken und befindet sich derzeit auf ihrem niedrigsten Stand seit 2003. Jedoch kam es seit 2013 wieder zu einem massiven Anstieg der aggregierten Transaktionsvolumen (in Millionen Euro), nachdem diese zu Beginn der Konsolidierungsphase ebenfalls gesunken waren. Daraus lässt sich folgern, dass in den vergangenen zwei Jahren vor allem größere Unternehmen miteinander fusionierten, wie die Übernahme des niederländischen Unternehmens Ziggo durch Liberty Global, welches zuvor bereits das Unternehmen Kabel BW in Deutschland übernommen hatte.

Neben diesen Übernahmen im Bereich der Kabelnetzbetreiber kam es im Zuge des zunehmenden Zusammenwachsens von Fest- und Mobilfunknetzen auch zu Übernahmen mit dem Ziel, beide Infrastrukturkomponenten zu verbinden, wie beispielsweise die Übernahme von SFR (zweitgrößter Mobilfunkanbieter) durch Numericable Group (größter Kabelnetzbetreiber) in Frank-

reich im Jahr 2014 sowie die Übernahme von Kabel Deutschland (größter Kabelnetzbetreiber in Deutschland) und ONO (größter Kabelnetzbetreiber in Spanien) durch Vodafone in den Jahren 2013 und 2014. Diese Transaktionen sind zum Teil das Ergebnis einer zunehmenden Nachfrage seitens der Kunden nach möglichst vollständig integrierten Produktbündeln.

IP-Konvergenz verändert die Geschäftsmodelle

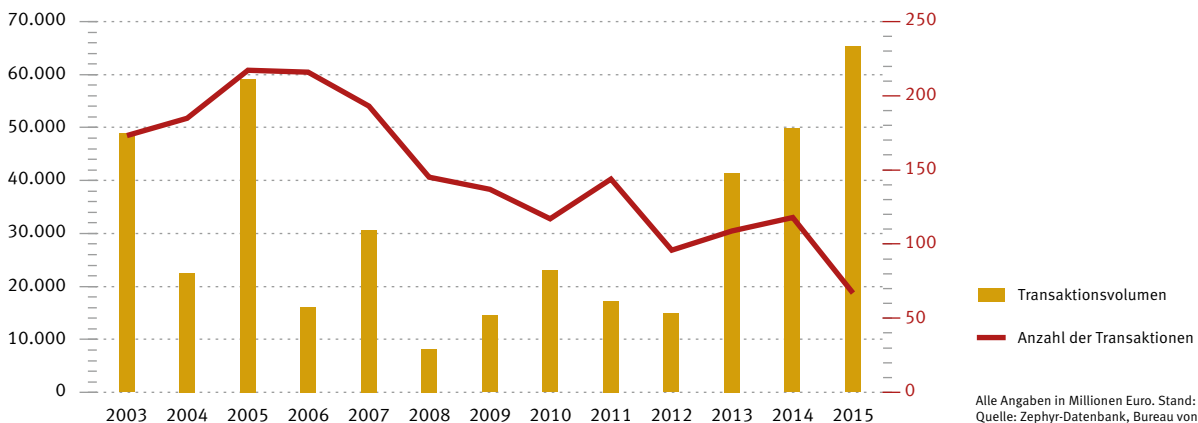
Die Wettbewerbsintensivierung im Festnetz ist vor allem aufgrund der mit der IP-Konvergenz einhergehenden Änderung und Umgestaltung von Geschäftsmodellen erklärbar. IP-Konvergenz meint das Zusammenführen der Sprachkommunikation und der Datenkommunikation auf einem IP-Netzwerk, womit mehrere Dienste auf einer einheitlichen Plattform angeboten werden können. Damit können zwischenzeitlich etwa klassische Sprachtelefoniedienste auch von unterschiedlichen Internetdiensteanbietern wie Skype, Viber oder Whatsapp erbracht werden.

Mobilkommunikation schafft zusätzlichen Wettbewerb

Neben dem zusätzlichen Wettbewerbsdruck kam es in den vergangenen Jahren auch zu Anpassungen in den Geschäftsmodellen von Telekommunikationsanbietern, die zum Teil auch vertragliche Vereinbarungen mit Internetdiensteanbietern umfassen, wie etwa die Vorinstallation kundenrelevanter Diensteanwendungen, sogenannter Apps. Diese Entwicklung umfasst insbesondere auch die Mobilkommunikation, deren Produkte ebenfalls in zunehmendem Wettbewerb mit leitungsgebundenen Sprachtelefonie- und Breitbanddiensten stehen.

Dr. Wolfgang Briglauer, briglauer@zew.de

ANZAHL UND AGGREGIERTES VOLUMEN DER ABGESCHLOSSENEN ÜBERNAHME- UND FUSIONSAKTIVITÄTEN AUF DEN FESTNETZMÄRKTEN INNERHALB DER 28 EU-MITGLIEDSSTAATEN IN DEN JAHREN 2003 BIS 2015



Alle Angaben in Millionen Euro. Stand: August 2015
Quelle: Zephyr-Datenbank, Bureau van Dijk, Berechnung ZEW

ZEW Lunch Debate – Experten diskutieren das fiskalische Regelwerk der Eurozone

Zur September-Auflage seiner Lunch Debates hatte das ZEW in die Brüsseler Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der EU eingeladen. Thema der Veranstaltung war der neue finanzpolitische Ordnungsrahmen für Europa. Im Zentrum stand die Frage, ob diese neue Ordnung einen Quantensprung darstellt oder das Papier nicht wert ist, auf dem sie geschrieben steht. Der Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“, Prof. Dr. Friedrich Heinemann führte in das Thema ein. In seiner Präsentation machte Heinemann deutlich, dass die bereits seit fünf Jahren anhaltende Finanzkrise zu einer Vielzahl von Änderungen im fiskalischen Regelwerk der Eurozone geführt hat. Instrumente wie der Stabilitäts- und Wachstumspakt wurden substantziell reformiert, zahlreiche andere Innovationen wie etwa der Europäische Fiskalpakt wurden neu geschaffen. Der Ökonom wies allerdings darauf hin, dass bei den bisherigen Reformbestrebungen einige wichtige Aspekte, wie eine Verpflichtung zum Defizitabbau in guten konjunkturellen Zeiten, zu kurz gekommen seien. Mit Heinemann auf dem Podiums saßen Prof. Albert Solé-Ollé von der Universität Barcelona und Nicolas Carnot von der Europäischen Kommission. Albert Solé-Ollé machte in der Debatte deutlich, dass viele der in Krisenzeiten zu Tage tretenden Probleme ihren Ursprung in guten wirtschaftlichen Tagen haben, da viel zu wenige Einnahmen in nachhaltige Projekte fließen oder zum Defizitabbau verwendet werden. Nicolas Carnot schloss sich in diesem Punkt seinen Mitdiskutanten an und wies darauf hin, dass Fiskalregeln so angelegt sein sollten, dass sie auch in wirtschaftlich guten Zeiten zu nachhaltiger Haushaltsführung anregen sollten. Eine Schwierigkeit sah er allerdings darin, immer genau zu identifizieren, wann eine gute Zeit gegeben sei. Weitere Fragen, die diskutiert wurden, waren unter anderem, wie das Vertrauen in die Stabilität der Eurozone wiederhergestellt werden könne, und, wie weit Reformen in Krisenländern inzwischen vorangekommen sind.



Über das fiskalische Regelwerk der Eurozone diskutierten (von links): Prof. Albert Solé-Ollé, Prof. Dr. Friedrich Heinemann und Nicolas Carnot.

ZEW bei VfS-Jahrestagung 2015 vertreten

Das ZEW war bei der Jahrestagung 2015 des Vereins für Socialpolitik (VfS) an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster vom 6. bis 9. September mit zahlreichen Referenten sowie einem eigenen Informationsstand präsent. Die diesjährige international aufgestellte Konferenz der Ökonomenvereinigung stand unter dem Titel „Ökonomische Entwicklung – Theorie und Politik“. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des ZEW brachten sich dabei mit insgesamt 18 Vorträgen ein und stellten aktuelle Forschungsergebnisse vor.

An drei Veranstaltungstagen drehten sich die Vorträge der ZEW-Referenten unter anderem darum, wie sich der demographische Wandel auf die Immobilienpreise in bundesdeutschen Großstädten auswirkt und warum der Mindestlohn die Bildungsrenditen im ostdeutschen Handwerk drückt. Darüber hinaus wurde in den Vorträgen aufgegriffen, ob die gesetzlichen Haushaltsvorschriften des staatlichen Verwaltungsapparats die Fiskalpolitik einschränken.

Das ZEW nahm erstmals 1997 an der VfS-Jahrestagung im schweizerischen Bern zum Thema „Finanzmärkte im Spannungsfeld von Globalisierung, Regulierung und Geldpolitik“ teil. Seither ist das ZEW regelmäßig bei der Konferenz vertreten. So steht auch 2016 die Teilnahme an der Ökonomentagung wieder an, die dann in Augsburg stattfinden soll.

Zahlreiche ZEW-Vorträge bei EEA 2015

Das ZEW hat auch in diesem Jahr wieder bei der Jahreskonferenz der internationalen Wissenschaftsvereinigung European Economic Association (EEA) teilgenommen. Die Veranstaltung fand vom 24. bis 27. August 2015 an der Universität Mannheim statt. Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Mannheimer Forschungsinstituts hielten dabei zahlreiche Vorträge. Mehr als 100 internationale Gäste den besuchten zudem den hauseigenen Begrüßungsempfang des ZEW. Dabei wurden aktuelle ZEW-Forschungsergebnisse in einer Posterpräsentation vorgestellt und gemeinsam mit den Besuchern diskutiert.

Neben den wissenschaftlichen Vorträgen war das ZEW mit einem eigenen Informationsstand an der Universität Mannheim vor Ort. Hier wurden vor allem Gespräche mit den EEA-Teilnehmern über Karriere- und Weiterbildungsmöglichkeiten am ZEW geführt. Unter den mehr als 1.000 Teilnehmern der EEA 2015 fanden sich weltweit führende Ökonomen sowie Vertreter des Direktoriums der Europäischen Zentralbank. Neben dem französischen Nobelpreisträger und früheren EEA-Präsidenten Jean Tirole waren auch sein US-amerikanischer Kollege Eric S. Maskin von der Princeton University sowie EZB-Vizepräsident Vítor Constâncio zugegen. Die EEA zählt derzeit mehr als 3.100 Mitglieder. Die alljährliche Tagung bietet regelmäßig eine Plattform für den wirtschaftswissenschaftlichen Austausch und Diskussionen.



Dr. Klaus Rennings verstorben

Dr. Klaus Rennings, Leiter des ZEW-Forschungsbereichs „Umwelt- und Ressourcenökonomik, Umweltmanagement“ ist am 16. September 2015 unerwartet verstorben. Mit großer Betroffenheit und Trauer haben die Geschäftsführung, der Betriebsrat sowie alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ZEW die Nachricht vom Ableben von Klaus Rennings aufgenommen.

Klaus Rennings arbeitete seit November 1994 am ZEW. Er zählte zu den Wissenschaftlern, die den Aufbau des Forschungsinstituts von Anfang an mit großem Engagement tatkräftig begleitet haben und sich in besonderem Maße mit dem ZEW und seiner Arbeit identifizierten. Das ZEW verliert mit ihm einen außergewöhnlichen Menschen und hervorragenden Wissenschaftler, der maßgeblich zur hohen

Reputation des Umweltbereichs beigetragen hat. Die Geschäftsführung sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verlieren einen fachkundigen, verständnisvollen und stets freundlichen Kollegen, der immer ein offenes Ohr hatte, wenn jemand seinen Rat suchte. Unser tief empfundenes Mitgefühl gilt seiner Lebensgefährtin, seinen Kindern und seiner Familie.

DFG-Förderatlas 2015 zeigt erfolgreiche Forschungsarbeit des ZEW

Die erfolgreiche Ausrichtung seiner Forschungsarbeit auf europäische Fragestellungen wird dem ZEW in dem vor Kurzem vorgelegten „Förderatlas 2015“ der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) eindrucksvoll bestätigt. Unter den derzeit 89 Instituten der Leibniz-Gemeinschaft, deren Mitglied das ZEW ist, zählt es zu den 18 Forschungseinrichtungen, die im 7. EU-Forschungsrahmenprogramm im Zeitraum von 2007 bis 2013 mehr als drei Millionen

Euro erhalten haben. Im genannten Zeitraum hat das ZEW im harten europaweiten Wettbewerb mit anderen renommierten Wirtschaftsforschungsinstituten insgesamt 4,7 Millionen Euro an EU-Forschungsgeldern einwerben können. Das ist, was EU-Forschungsgelder betrifft, die beste Platzierung unter den Wirtschaftsforschungsinstituten der Leibniz Gemeinschaft und Platz sieben unter den 89 Leibniz-Instituten insgesamt.

Weiterbildung am ZEW: Seminarprogramm 2015/16 erschienen

Das neue Seminarprogramm des ZEW liegt vor - mit einem deutlich erweiterten Angebot. Das ZEW bietet damit wissenschaftlich fundierte Weiterbildungsangebote an, die sich an Fach- und Führungskräfte aus allen Bereichen wenden. Das durch Forschungsaktivitäten erworbene Wissen wird für die Seminare in zielgruppenorientierte Weiterbildungsformate überführt und von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Mannheimer Instituts anwendungsnah vermittelt. Den Kern des neuen ZEW-Seminarprogramms 2015/16 bilden Seminare, in denen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts ökonomisches Grundlagen- und Aufbauwissen weitergeben. Dabei steht die Vermittlung statistischer und ökonometrischer Methoden sowie allgemeiner volkswirtschaftlicher Zusammenhänge im Mittelpunkt. Seminare zu Branchenanalysen sowie zur Unternehmensführung und Organisation runden das Programm ab. Einen weiteren Schwerpunkt bildet das Weiterbildungsangebot für Mitarbeiter wissenschaftlicher Einrichtungen. Das Seminarprogramm findet sich zum Download unter: <http://www.zew.de/de/aktuell/3106>



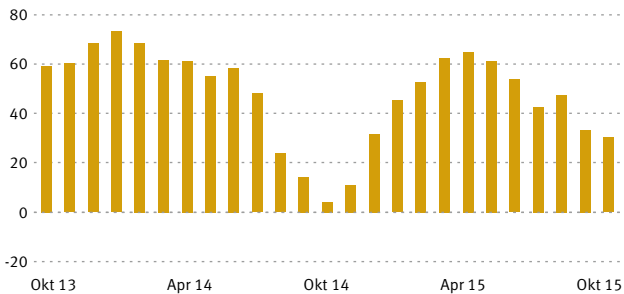
Neuzugänge am ZEW: Prof. Dr. Sascha Steffen und Prof. Dr. Dr. h.c. Martin Weber

Prof. Dr. Sascha Steffen hat zum 1. September 2015 die Leitung des Forschungsbereichs „Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement“ am ZEW angetreten. Seine wissenschaftlichen Schwerpunkte konzentrieren sich auf die Bereiche Europäische Bankenregulierung und Finanzmarktstabilität, Kreditrisiko sowie Finanzintermediation. Derzeit hält Sascha Steffen eine Professur für Finanzierung an der ESMT European School of Management and Technology in Berlin und wird zum 1. Januar 2016 eine Professur an der betriebswirtschaftlichen Fakultät der Universität Mannheim übernehmen, die mit der Leitung des ZEW-Forschungsbereichs verbunden ist.

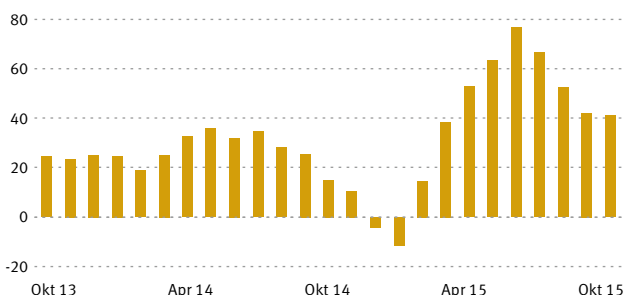
Mit den Tätigkeiten am ZEW und der Universität Mannheim kehrt Sascha Steffen auf vertrautes Terrain zurück: Vor seinem Ruf an

die ESMT im Jahr 2012 war er von 2009 bis 2011 Assistant Professor für Banking und Finanzen an der Universität Mannheim. Ebenfalls ins ZEW eingebunden ist seit dem 1. September 2015 Prof. Dr. Dr. h.c. Martin Weber. Er hat die Funktion eines Research Associate im Forschungsbereich „Internationale Finanzmärkte und Finanzmanagement“ übernommen. Als Lehrstuhlinhaber für Allgemeine Betriebs- und Finanzwirtschaftslehre, insbesondere Bankbetriebslehre an der Universität Mannheim wird sich Weber am ZEW vorrangig den Themenbereichen Anlage, Anleger und Regulierung widmen. Sein Forschungsschwerpunkt konzentriert sich neben Bankbetriebslehre auf Verhaltensökonomik. In der Kategorie „Lebenswerk“ des aktuellen Handelsblatt BWL-Rankings belegt Martin Weber Platz 3.

ZEW-Finanzmarkttest im Oktober 2015



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunkturerwartungen im Euroraum auf Sicht von sechs Monaten. Quelle: ZEW



Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Inflationserwartungen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Eurozone: Konjunkturerwartungen leicht gedämpft

Die Konjunkturerwartungen für die Eurozone gehen im Oktober 2015 etwas zurück. Der Index fällt im Vergleich zum Vormonat um 3,2 Punkte auf einen Stand von 30,1 Punkten. Das Bild innerhalb der Eurozone ist dabei recht heterogen. Während die Konjunkturerwartungen für Frankreich nahezu unverändert bleiben (minus 0,3 auf 19,2 Punkte), gehen sie für Deutschland um satte 10,2 Punkte auf 1,9 Punkte zurück. Ausschlaggebend für den Rückgang in Deutschland dürften die wirtschaftliche Abkühlung in wichtigen Schwellenländern sowie die ungewissen Auswirkungen des Abgasskandals bei Volkswagen sein.

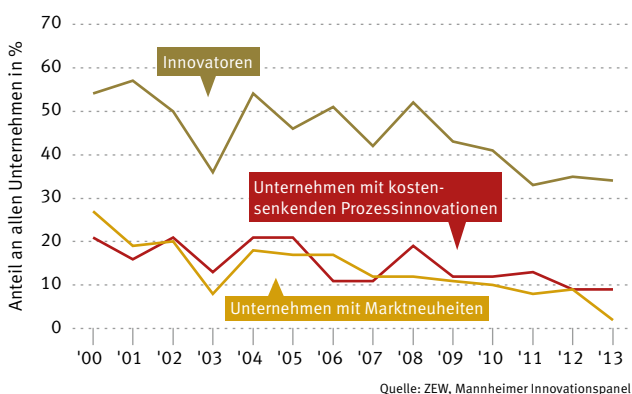
Dominik Rehse, rehse@zew.de

Eurozone: Inflationserwartungen kaum verändert

Die Erwartungen der Finanzmarktexperten bezüglich der Veränderung der Inflationsrate im Euroraum auf Sicht von sechs Monaten bleiben im Oktober 2015 nahezu unverändert. Der entsprechende Saldo nimmt nur geringfügig um 0,8 auf 41,2 Punkte ab. Nach den starken Rückgängen um jeweils mehr als zehn Punkte in den vergangenen drei Monaten wurden die Experten offenbar nicht von der geringen Preisdynamik im September überrascht. Obwohl die vorläufige Inflationsrate in der Eurozone im September mit minus 0,1 Prozent im negativen Bereich lag.

Tobias Kahlenberg, f-kahlen@zew.de

Nahrungsmittelindustrie: Zahl der Innovatoren bleibt niedrig



Rund 5.500 Unternehmen in der deutschen Nahrungsmittelindustrie inklusive Getränkeindustrie und Tabakverarbeitung haben im Jahr 2013 Produkt- oder Prozessinnovationen eingeführt. Damit zählt jedes dritte Unternehmen der Branche zu den Innovatoren. Mitte der 2000er lag die Innovatorenquote noch bei über 50 Prozent. Damals führten mehr als 9.000 Unternehmen Innovationen ein. Der Anteil der Unternehmen mit Marktneuheiten ging von 17 Prozent im Jahr 2006 auf lediglich zwei Prozent im Jahr 2013 zurück. Der zunehmende Preiswettbewerb in der Branche scheint die Innovationsbereitschaft zu bremsen.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de



Zuwanderungswelle in Europa: Brüssel ist gefragt

Deutschland erlebt derzeit eine große Zuwanderungswelle. Bis zu einer Million Migranten werden in diesem Jahr erwartet, nächstes Jahr könnten es ähnlich viele werden. Was sind

die ökonomischen Folgen der Zuwanderung und wie sollte die Politik in Deutschland und Europa reagieren?

Zunächst ist es wichtig, zwischen zwei Gründen für Migration zu unterscheiden: Erstens der Flucht vor Krieg und politischer Verfolgung und zweitens der Auswanderung aus wirtschaftlichen Gründen. Wer in seinem Heimatland politisch verfolgt wird, hat in Deutschland Anrecht auf Asyl. Dabei geht es nicht um die Frage, ob Deutschland wirtschaftlich von der Zuwanderung profitiert. Ziel ist es, diesen Menschen zu helfen, selbst wenn es Geld kostet. Klar ist gleichzeitig, dass das Asylrecht zwar keine quantitativen Grenzen beschreibt, dass die Möglichkeiten der Aufnahme aber trotzdem faktisch begrenzt sind.

Für ökonomisch motivierte Zuwanderer ist das Asylrecht nicht gedacht. Für sie bestehen andere rechtliche Möglichkeiten, aber auch andere Grenzen der Einwanderung nach Deutschland. Bei der Regelung dieser Art von Zuwanderung ist es üblich, dass die Interessen des Zuwanderungslandes eine zentrale Rolle spielen. Wenn Menschen auswandern, weil sie in anderen Ländern höhere Arbeitseinkommen erzielen, dann entsteht dadurch ein Wohlstandszuwachs, sowohl für die Migranten als auch für das Zuwanderungsland, weil Arbeitskraft in eine bessere Verwendung gelangt.

Anders ist es, wenn Sozialtransfers oder andere öffentliche Leistungen der Hauptgrund für die Wanderung sind. Dann wird Zuwanderung subventioniert, dem Zuwanderungsland entsteht ein wirtschaftlicher Nachteil. In Deutschland stellt der Staat neben der sozialstaatlichen Absicherung vielfältige öffentliche Leistungen bereit, die von der Verkehrsinfrastruktur bis hin zu Schulen und Kindergärten reichen. Damit Zuwanderung Deutschland wirtschaftlichen Nutzen stiftet, müssen die Zuwanderer im Durchschnitt ebenso hohe Steuern und Abgaben zahlen wie die bereits vorhandene Bevölkerung – nicht unbedingt sofort, aber

auf lange Sicht. Um das zu erreichen, sollte Deutschland verlangen, dass wirtschaftlich motivierte Zuwanderer erstens einen Arbeitsplatz haben und zweitens eine angemessene berufliche Qualifikation mitbringen, damit ihr Einkommen hoch genug ist.

Bei den Asylbewerbern spielt die berufliche Qualifikation keine Rolle, trotzdem sollte man auch bei ihnen eine möglichst schnelle Integration in den Arbeitsmarkt anstreben. Bei niedrig qualifizierten Zuwanderern könnte der Mindestlohn eine Hürde sein. Ihn für Migranten auszusetzen, ist aber riskant, weil dann heimische Bewerber unterboten werden könnten. Deshalb sollte man über temporäre Ausnahmen wie bei Langzeitarbeitslosen nicht hinausgehen. Wirksamer wäre eine allgemeine Senkung des Mindestlohnes oder zumindest ein Verzicht auf Steuerungen.

In der Praxis ist die Unterscheidung zwischen politisch Verfolgten und wirtschaftlich motivierten Migranten ebenso schwierig wie die Kontrolle der Einwanderung überhaupt. Wenn Hunderttausende von Menschen ohne Visum in die EU einwandern und unter teils katastrophalen Bedingungen in „Transitländern“ wie Kroatien oder Slowenien campieren, ist es kaum möglich, eine rationale Zuwanderungspolitik umzusetzen. Daher ist es entscheidend, dass die Politik auf europäischer Ebene die Migration besser regelt und deren Ursachen angeht. Das beginnt damit, die Lebensbedingungen in den Flüchtlingslagern in der Türkei und in Jordanien zu verbessern und sich für eine Beendigung des Bürgerkriegs in Syrien einzusetzen.

Außerdem ist es dringend notwendig, dass die EU-Staaten ihre Asylpolitiken besser koordinieren und die Lasten der Aufnahme untereinander solidarisch verteilen. Bislang haben die EU-Staaten nationale Egoismen und Alleingänge über die gemeinsamen Interessen gestellt. Aber für eine Wende hin zu gemeinsamer Politik ist es noch nicht zu spät.

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

ZEWS news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEWS) Mannheim, L 7, 1, 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43, 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Clemens Fuest · **Kaufmännischer Direktor:** Thomas Kohl

Redaktion: Julian Prinzler · Telefon 0621 / 12 35 - 133 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail prinzler@zew.de
Felix Kretz · Telefon 0621 / 12 35 - 103 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail kretz@zew.de
Gunter Grittmann · Telefon 0621 / 12 35 - 132 · Telefax 0621 / 12 35 - 255 · E-Mail grittmann@zew.de

Fotos: Eric Berghen (Seite 13); iStockphoto (Seite 1, 2, 3, 4, 7); ZEWS (Seite 8, 14, 16)

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars

© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEWS), Mannheim, 2015 · Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft